

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, den 5. März 1889.

Nr. 108.

Pommischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

26. Plenarsitzung vom 4. März.

Das Haus und die Tribünen sind wiederum
mäsig besetzt.

Am Ministertische: Kultusminister Dr. von
Gössler nebst Kommissaren.

Präsident von Küller eröffnet die Sitzung
mit den üblichen geschäftlichen Mitteilungen
nach 11½ Uhr.

Tagesordnung:

Das Haus setzt die zweite Berathung des
Etats bei den dauernden Auegaben des Kultus-
etats fort.

Abg. Biesenbach (Bentr.) führt Klage
darüber, daß nach seiner Ansicht zu Unrecht der
Pfarrern im Bereich des bergischen Rechtes der
Vorstand im katholischen Kirchenvorstande voren-
thalten werde, worauf Reg. Komm. Geh. Reg.-
Rath Bartisch ausführt, daß nach Lage der
gegenwärtigen Gesetzgebung das Laienelement jenen
Vorstand zu führen habe und daß sich diese Ein-
richtung sehr gut bewährt habe.

Abg. v. Eynern (natlib.) bestreitet dem
Redner des Zentrums gegenüber, daß sich unter
der bergischen Bevölkerung eine tiefe Missstim-
mung über jene Einrichtung geltend gemacht habe,
während Abg. Biesenbach (Bentr.) seine Be-
werthe aufrecht erhält und auszuführen versucht,
daß der Pfarrer der "geborene" Vorstande des
Kirchenvorstandes sei.

Kultusminister Dr. v. Gössler erklärt be-
züglich einer von dem Abg. Dr. Reichen-
sperger (Bentr.) gegebenen Anregung, daß
eine gesetzliche Beseitigung des Staates zu
einer weiteren Dotirung der Geistlichen in der
Diözese Trier nicht vorhanden sei, daß ent-
sprechende Unterstüttungen jedoch auf dem Wege
wohlwollender administrativer Erwägungen er-
folgten.

Nachdem Abg. v. Eynern (natlib.) im
partikulären Interesse für die nötige Berücksichti-
gung der staatlicherseits anerkannten altkatho-
lischen Religionsgemeinschaft plaidirt, treten die
Abgg. Dr. Frhr. v. Schorlemer-Alst und
Dr. Windthorst (beide Mitglieder des Zen-
trums) diesen Ausführungen entgegen, indem sie
erklären, daß die Rücksicht auf die Parität zur
Beseitigung des Altkatolizismus führen müsse;
darauf wird die Position von 48,000 Mark für
den altkatholischen Bischof gegen die Stimmen
des Zentrums bewilligt.

Nachdem darauf Abg. v. Meyer-Arn-
swalde (Wildkons.), wie im vorigen Jahre, eine
statistische Zusammenstellung der Professorenhono-
rare befürwortet, tritt Abg. Schmelzer
(natlib.) für eine Beseitigung der in den oberen
Klassen der höheren Lehranstalten herrschenden
Überfüllung ein, der vielfach den Grund zu
dem Unstich in den ersten Universitätssemester-
bildet, und giebt eventuell anheim, den Nachmit-
tagsunterricht zu beseitigen.

Abg. Graf v. Kanitz (kons.) betont die
rapide Zunahme des wissenschaftlichen Proletariats,
welche aus der Zunahme der Studirenden der einzelnen
Fakultäten erhelle, die Redner zahlenmäßig
nachweist; da in Folge dessen alle Karrieren über-
füllt seien und sich die begütingen festen Anstellungen
immer weiter hinaus ziegen, so liege hier eine grohe
soziale Gefahr vor. Redner glaubt hier als erstes
Abhülfsmittel eine Vereinbarung der Gymnasiasten in
Vorschlag bringen zu sollen und weist bei dieser
Gelegenheit auf die Thatstache hin, daß in zahl-
reichen Kommunen, welche die entsprechende Leis-
tungsfähigkeit nicht besäßen und die sich dann
veranlaßt seien, nach Staatshilfe zu rufen, höhere
Lehranstalten gegründet würden. Unter Vorführung
des betreffenden, das Anwachsen des Universitäts-
etats in den letzten 20 Jahren veranschaulichenden
Zahlenmaterials wendet sich Redner sodann gegen
die fortwährende Vermehrung der mit den Universi-
täten verbundenen wissenschaftlichen Anstalten, in-
dem er ausführt, daß z. B. nicht jede Universität
eine Sternwarte, einen zoologischen Garten und
ähnliche Institute nötig hätte; es würden deren
je 2 oder 3, die aber dann nach jeder Richtung
hin auf das trefflichste auszustatten wären, für die
ganze Monarchie genügen. Nachdem er dies wei-
teren auseinandergesetzt, daß er es auch nicht
nothwendig erachtet könne, jede Universitätsprofessur
mit Kräften ersten Ranges zu besetzen, da die

Studirenden je nach dem Vorhandensein hervor-
ragender Universitätslehrer den Aufenthalt wechseln
können, bittet er jedenfalls im Interesse der
dringend gebotenen Sparsamkeit die von der Kom-
mission beschlossenen Streichungen aufrecht erhalten
zu wollen. (Besfall rechts.)

Kultusminister Dr. v. Gössler erklärt, die
Regierung theile die Grundanschauungen des Herrn
Vorredners, allein sie komme zu ganz anderen Kon-
klusionen wie derselbe. Ein Vergleich des betref-
fenden Zahlensmaterials vom Jahre 1868 mit dem

heute maßgebenden erscheine nicht angezeigt, denn
in den 60er Jahren hätten wir unsere ganzen
Kräfte auf Sicherstellung nach außen richten müssen
und erst der nach den Jahren 1870 und 1871
erfolgte geistige Aufschwung habe uns ermöglicht,
an den reicherem Ausbau unserer Universitäten
heranzutreten. Da wir im Gegensatz zu anderen
Ländern arm an selbständigen wissenschaftlichen
Instituten seien, so könne man die Universitäten,
mit denen solche Anstalten bei uns im engsten Zu-
sammenhang stünden, nicht ohne Schädigung der
wissenschaftlichen Entwicklung verkürzen. Der Herr
Minister, der außerdem Gelegenheit genommen, zu
erklären, daß eine umfangreichere Verstaatlichung der
Gymnasiasten im Interesse der Sicherstellung
dieser Lehranstalten jedenfalls nicht zu beklagen sei,
führt sodann im Einzelnen den Nachweis, daß das
Bestreben der Unterrichtsverwaltung keineswegs
dahin gehe, für jede Universität wissenschaftliche
Institute ersten Ranges Ranges zu besitzen oder
jede Professur mit Kräften ersten Ranges besetzen
zu wollen; der Minister bittet, die in der Kom-
mission erfolgten Streichungen im Plenum nicht
aufrecht erhalten zu wollen.

Nachdem sich Abg. Dr. Enneccerus (natlib.)
in ähnlichem Sinne wie der Herr Minister
ausgesprochen, belämpft Abg. Dr. Windthorst
(Bentr.) die staatsseitige Monopolisierung des höheren
Unterrichtswesens und plaidirt sodann behufs Para-
sitierung der stetig zunehmenden Überfüllung der
Universität Berlin für eine möglichst tüchtige Aus-
rüstung der kleineren Universitäten.

Nachdem Abg. Dr. Friedberg (natlib.)
seiner Verwunderung darüber Ausdruck gegeben,
daß die rechte Seite des Hauses mit ihren Spar-
samkeitsbestrebungen gerade bei den Universitäten
einsehe, erwidert

Kultusminister Dr. v. Gössler auf eine
Beschwerde des Abg. v. Czarlinski (Pole),
daß polnische Studentenverbündungen von rein
fameralschaftlicher Tendenz der Gefahr der Auf-
lösung nicht unterliegen, während er bezüglich einer
Anregung des Abg. Körde (freib.) erklärt,
daß, wenn auch besondere Lehrstühle für Pädago-
gik nicht vorhanden seien, doch Vorlesungen
pädagogischer Natur an den Universitäten gehalten
würden.

Abg. Graf von Limburg-Stirum
(kons.) weist die Angriffe des Abg. Friedberg als
gänzlich ungerechtfertigt zurück. Die konervative
Partei könne sich aber durch keinerlei Verbächtigungsversuche
abhalten lassen, das Prinzip alt-
preußischer Sparsamkeit hochzuhalten. Dieselbe
sei auch auf die hohe wissenschaftliche Stellung
unserer Universitäten stolz, allein sie müsse sich
das Recht sorgfältiger Prüfung jeder einzelnen
Position auf ihre unbedingt Nothwendigkeit vor-
behalten. (Besfall rechts.)

Nachdem sich Abg. Graf v. Kanitz (kons.)
in ähnlichem Sinne ausgesprochen, entspinnt sich
eine Auseinandersetzung mehr persönlicher Natur
zwischen dem Abg. Dr. Friedberg (natlib.)
und den

Abg. Frhr. v. Erfsa-Wernburg (kons.),
welcher letzterer in überzeugender Weise darlegt
daß die Angriffe des national-liberalen Redners
völlig unmotiviert gewesen und daß sich derselbe
bezüglich seiner ursprünglichen Behauptung, er
(Redner) wisse seinen Privatinteressen in ergie-
biger Weise Rechnung zu tragen, genöthigt ge-
sehen habe, sich auf das agrarische Gebiet zu
begeben; er (Redner) sei deshalb zu einer scharfen
Zurückweisung wohl berechtigt gewesen.

Des weiteren entwickelt sich eine Diskussion
über die Kurse an dem hiesigen hygienischen In-
stitut, deren Bedeutung für die Verwaltungsbe-
amter die Abgg. Graf v. Clairon d'Haussoun-
ville (kons.), v. Pilgrim (freib.) und Dr. Gerlich
(freib.) betonen und gegenüber den
versuchten Bemängelungen der hygienischen Aus-

bildung jener Beamten seitens des Abg. Dr.
Vrichow (freib.) in erfolgreicher Weise in
das rechte Licht seien, während Kultusminister
Dr. v. Gössler einen honorarfreien Besuch
dieser Kurse für die Verwaltungsbeamten in Aus-
sicht stellt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen
Berathung.

Schluss 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 4. März. Am Sonnabend ist im
Bundesrat die Vorlage über den Nachtragsetat
erschienen, die wir schon bekannt ist, 22 Millionen
Mark insgesamt betrifft. Die Verwaltungen
des Reichsheeres, der Marine, des Reichs-
schiffamts, des auswärtigen Amtes und der Reichs-
schule sind bei den Forderungen beteiligt. Die
vielfach erwähnte Vermehrung der Artillerie, na-
mentlich die Erhöhung der Feldartillerie im Frieden,
soll mit einem Hinweis auf die Verhältnisse
dieser Waffe in Russland und Frankreich und die
Notwendigkeit begründet sein, mit diesen Mäch-
ten gleichen Schritt zu halten. Im Allgemeinen
würden jedem Armeekorps zwei in sieben Abthei-
lungen gegliederte Feldartillerie-Regimenter zu-
getheilt werden; bei der königl. sächsischen Ar-
tillerie würden drei Feldartillerie-Regimenter be-
stehen. Bei dem 14. württembergischen und 15.
Armeekorps tritt keine Veränderung ein. Es
muß nur eine jedenfalls erhöhte Zahl von Bat-
terien zu sechs bespannten Geschützen eingerichtet
und ein Theil derselben auch mit einigen be-
spannten Munitionswagen ausgerüstet werden.
Der Mehrbedarf an Mannschaften beträgt rund
3000 Mann und soll ohne besondere Maßregeln
durch die Ausübungen gedeckt werden, dagegen
ist der Mehrbedarf an Pferden, abgesehen von
Bayern, durch neue Ankäufe zu beschaffen. Mit
der Neuorganisation geht eine veränderte Ein-
richtung der Artillerie-Schieschule Hand in Hand.
Wie man hört, kommen die Obergefreiten bei
der Feldartillerie in Fortfall, sie werden durch
Gefreite ersetzt, wodurch erhebliche Ersparnisse
herbeigeführt werden. — Bei der Marine er-
scheint im Nachtragsetat die vielfach erwähnte
neue Organisation der Oberbehörden, wonach
wie schon erwähnt worden ist, an Stelle der bis-
herigen Admiraltäte und der hydrographischen
Komter das Oberkommando mit dem komman-
dierenden Admiral an der Spitze und das Reichs-
marine Amt treten, welches ein Staatsekretär
leitet; unter diesem arbeiten ein Direktor des
Marinedepartements, vortragende Räthe, Hülfs-
räthe und Beamte des hydrographischen Amtes,
sowie ein Militärpersonal. Bezüglich der Dienst-
haltung der Schiffe u. s. w. ist auch auf
die Blockade in Ostafrika Bezug genommen wor-
den. Auch die durch die Anwesenheit unserer
Kriegsschiffe vor Apia hervorgerufenen Kosten
sind dabei in Berechnung gelommen. Es werden
gesfordert für die Indiensthaltung der Schiffe und
Fahrzeuge 777,800 Mark, für die Naturalver-
pflegung 141,650 Mark, für die Krankenpflege
100,000 Mark und für die Reise-, Marsch- und
Frachtkosten 50,000 Mark. Der Veranschlagung
sind die Kosten derjenigen Maßnahmen zu Grunde
gelegt, welche nach der gegenwärtigen Lage der
Verhältnisse in Ostafrika und Samoa über die
planmäßige Verwendung von Material und Per-
sonal hinaus zur Ausführung kommen, nament-
lich die Indiensthaltung eines Abfoss auf 9 Mo-
nate, einer Kreuzerfahrt auf die Dauer eines
Jahres und die Entsendung von Transportschif-
fen zum Nachschub von Schiffsvorräthen. Ma-
terial und Personal nach Ostafrika. Es heißt ferner,
daß die erwähnte Neuertheilung der
Marine-Oberbehörden durch die dauernde Erweiter-
ung der Marine im Personal und Material
gerechtfertigt wird und ferner die militärischen
Aufgaben der Marine im Mobilmachungsfall als
solche bezeichnet werden, daß eine ersprießliche
Lösung bei den jetzigen Einrichtungen nicht zu
ermöglichen wäre. Das Oberkommando leitet die
Kommandoführung über den in Dienst gestellten
Theil der Marine sowie die Kommandobehörden
am Lande. Dasselbe hat also für die militärische
Leistungsfähigkeit der Marine einzustehen, die
Mobilmachung, Aushebung, Ausbildung des mili-
tärischen Personals und die Verwendung der
Streitkräfte in Krieg und Frieden zu leiten,

wogegen dem Reichsmarineamt die Verwaltung,
die Beschaffung der erforderlichen Mittel u. s. w.
unter Verantwortlichkeit des Reichskanzlers ob-
liegen wird. Auf das auswärtige Amt entfallen
1,200,000 Mark unter den einmaligen Aus-
gaben des ordentlichen Etats, und zwar stellen
dieselben denjenigen Theilbetrag dar, der durch das
Gesetz vom 2. Februar 1889 für Maßregeln zur
Unterdrückung des Sklavenhandels und zum Schutz
der deutschen Interessen in Ostafrika zur Ver-
fügung gestellten Summen von 2,000,000 Mark
dar, welcher als Bedarf für das Jahr 1889—90
in Aussicht genommen ist. Die übrigen 800,000
Mark werden voraussichtlich noch im Etatjahr
1889—90 verausgabt und sollen außerordent-
lich verrechnet werden. Die auf das Reichs-
amt des Innern entfallenden 100,000 Mark der
einmaligen Ausgaben im ordentlichen Etat sind
durch das Gesetz, betreffend die Vorarbeiten für
das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelm's I. vom
23. Dezember 1888 zu einer Preisbewerbung
für das Denkmal bestimmt und gemäß dem Vor-
behalt am Schlus der Denkschrift zu dem Ent-
wurf des gedachten Gesetzes nachträglich in den
Nachtragsetat für 1889—90 einzufügen. Ferner
enthält der Nachtragsetat auch einen An-
satz für Verwaltung und Erhaltung des kürlich
vollendeten Kaiserpalastes in Straßburg. Die
zur Deckung der im Nachtragsetat geforderten
Summen erforderlichen Mittel sollen aufgebracht
werden durch die jüngst erwähnte Anleihe im
Betrag von rund 12 Millionen Mark und durch
die Erhöhung der Matrularbeiträge auf rund
9 Millionen Mark. Wie man hört, sind alle
Forderungen in genauerster Weise spezialisiert.

Der Bericht des Reichskommissars für
das Auswanderungswesen über das Jahr 1888,
welcher soeben dem Reichstage zugegangen ist,
konstatiert die Zunahme des Revolutionsgeschäfts in
Folge der Erweiterung der größeren Dampfer-
unternehmungen und der Ausdehnung der Revi-
sion auf die sämmtlichen indirekt über einen
außerdeutschen Zwischenhäfen beförderten Schiffe
in Folge des hamburgischen Auswanderergeschäfts
vom 14. Januar 1887, von dem bemerklich wird,
daß dasselbe sich gut bewährt habe und strikt ge-
handhabt werde.

In dem hamburgischen Auswanderer-Revi-
sionswesen sei eine erhebliche Besserung eingetreten.
Die sehr rege Agitation für die Aus-
wanderung nach Brasilien und Argentinien hatte
keinen besonderen Erfolg. Der Reichskommissar
theilt mit, daß das aus Castle Garden in New-
york verbannte sogenannte Intelligence-Komitee
noch immer sein Wesen treibe. Sobald die Kon-
trakte mit den meist der Landessprache nicht mächtigen
Einwanderern vollzogen sind, werden dieselben nach Northampton geschafft, wo die Farmer
sich die ihnen passenden Arbeitskräfte ausuchen;
die Leute sind dann verpflichtet, bei schlechter Be-
handlung und Verpflegung für einen Lohn von
50—100 Dollars jährlich schwere Arbeit zu leisten,
während inländische Arbeiter nicht unter
250 Dollars zu haben sind. In Folge der vor
mehreren Jahren aufgetauchten Klagen über Ver-
kuppelung junger Mädchen nach Argentinien und
Uruguay ist seitens der Polizei in den deutschen
Hafenstädten eine verschärfte Kontrolle in dieser
Richtung eingeführt worden.

Die Auswanderung über Hamburg, Bremen
und Stettin hat wieder etwas zugenommen,
doch ist die außerdeutsche Auswanderung in un-
gleich höherem Maße betheilt als die deutsche.
Es wurden im Jahre 1888 befördert 187,057
Personen, wovon 80,671 Deutsche (gegen 172,452,
wovon 79,473 Deutsche in 1887). Davon
reisten von Hamburg aus 88,483 Personen
(1887: 71,000), von Bremen aus 95,500
(1887: 99,476), von Stettin 3074 Personen
(1887: 1969).

Über die Besatzung der kaiserlichen
Yacht "Hohenzollern" sind folgende Bestimmun-
gen erlassen worden: Die Yacht soll fernerhin
dauernd für den Kaiser in Dienst bereit gehal-
ten werden. Sofern das Schiff während des
Winters nicht zur sofortigen Verwendung fertig
zu sein braucht, wird die Besatzung während
dieselben reduziert und eventuell behufs Schonung
des Schiffes auf einem der Yacht beizugebende
Hulk untergebracht. Das Personal für die
"Hohenzollern" und die königlichen Lustwa-
sser

fahrzeuge soll so ausgewählt werden, daß die Kommanditierung auf diese Fahrzeuge den Mannschaften als eine Belohnung zu Theil wird. Die zu kommandierenden Mannschaften sollen wenigstens ein Jahr gebraucht und noch ein und ein halbes Jahr zu dienen haben. Auch die Matrosen-Artillerieabteilungen, Torpedo-Abteilungen und das Seebataillon sollen Mannschaften für die Yacht hergeben. Die gesamte Besatzung besteht im Unterpersonal aus 135 Köpfen. In gleicher Weise werden die königlichen Lustwasserfahrzeuge besetzt.

Ein Privattelegramm aus Mailand meldet: "Prinz Alexander von Battenberg wohnt bereits seit zwei Wochen unter dem Namen eines Grafen Hartenau mit seiner Gemahlin im hiesigen Hotel Manin, wo beide sich äußerst zurückgezogen halten. Der Prinz beabsichtigt, am hiesigen Platz eine Wohnung zu mieten und seinen dauernden Aufenthalt in Mailand zu nehmen. — Aus Wien meldet ein Privattelegramm, daß die "R. Dr. Pr." ankaufend an frühere Mitteilungen der "Nat.-Ztg." zur Vorgeschichte der Vermählung noch Meldungen von eingeweihter Seite mittheilt: Am 21. Juni 1888 wurde dem Prinzen von Battenberg auf Befehl Kaiser Wilhelm's mitgetheilt, daß alle Beziehungen mit ihm abgebrochen seien. Die Verlobung mit Gräfin Loisinger habe dann erst Ende Dezember stattgefunden. Unrichtig sei, daß der Prinz wegen seiner Vermählung mit seiner Familie in Bewußtsein gerathen sei. Im Gegentheil hätten der ältere Bruder und die Schwester, Gräfin Erdach, ihm herzlich gratuliert.

Ausland.

Paris, 3. März. Aus Toulon wird ein einem französischen Kriegsschiffe zugesetzter Unfall berichtet, bei welchem sechs Mann der Kriegsmarine ertranken. Ein Torpedo der mobilen Vertheidigungsflotte, der von dem Schiffslieutenant Schilling befehligt wurde, ging unter, so daß blos ein Theil der Mannschaft gerettet werden konnte; dem Kommandanten gelang es nur mit größter Mühe, sich im letzten Augenblick zu retten. In Folge dieses Unfalls wurde sogleich eine von dem Kapitän zur See Sales des Bannières präsidierte Kommission mit der Einleitung einer Untersuchung betraut. Da Sales die Bannières an der Spitze der submarinen Vertheidigung steht, wird anscheinend dem Vorgange größere Bedeutung beigemessen. Gegen den Schiffskommandanten Schilling ist zugleich in Ge- mäßheit der bestehenden Reglements die kriegsgerichtliche Untersuchung angeordnet worden. In Toulon ereigte das Ereignis einen derartigen Eindruck, daß der Seepräfekt ein von ihm vorbereiteter Test abstellen mußte. Die Hebung des Torpedos ist bisher nicht gelungen.

Andererseits soll aus Anlaß der bevorstehenden Weltausstellung ein reicher Ordensschatz über Offiziere und Mannschaften der Kriegsmarine sowie des Landheeres niedergehen. Während die Zahl der zu verleihenden Ordensauszeichnungen für jedes Jahr ganz genau festgesetzt ist, beobachtigt die Regierung, die Säularfeier des großen Revolution dadurch zu begleiten, daß 10 Großoffiziere, 50 Kommandeure, 180 Offiziere und 700 Ritter der Ehrenlegion extra ernannt werden. Außerdem kommen 600 Militärmedaillen zur Vertheilung. Am Schlusse des bezüglichen Gesetzentwurfs heißt es: "Indem das Parlament die Vermehrung der Anzahl dieser Auszeichnungen genehmigt, wird es bei der Armee die Erinnerung an das große Nationalfest wachrufen und allen zeigen, daß das Land in absoluter Weise auf diejenigen seiner Kinder zählt, welche zur ausschließlichen Devise haben: 'Ehre und Vaterland.'

Newyork, 4. März. (B. L.) Der Senat tagt seit Sonnabend ununterbrochen. Gestern kam der Senator Niedelberger betrunknen in die Sitzung und verursachte eine solche Störung, daß der Vorsthende seine Verhaftung anordnete. Niedelberger, ein riesig starker Mann, widerstande sich und schlug mehrere Polizisten nieder, bevor seine Entfernung aus dem Sitzungssaal gelang.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 5. März. Der hiesige Wahlverein der deutschfreisinnigen Partei hatte seine Mitglieder für gestern Abend zu einer General-Versammlung im Börsensaale eingeladen und der Vorsthende, Herr Dr. Ameling, konnte diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne in längerer Rede die gegenwärtige politische Situation von seinem Standpunkt aus zu beleuchten. Dr. Ameling ist einer der treuesten Schildknappen Eugen Richters und wenn er seinen politischen Standpunkt beleuchtet, so kann man versichert sein, daß alles das zum Vortrag gelangt, was Eugen Richter schon so oft gesagt hat und noch recht oft sagen wird. Eine weitgehende Annahme war es, wenn Dr. Ameling die Behauptung aufstellte, die wenigen deutschfreisinnigen Abgeordneten, welche z. B. in den Parlamenten saßen, stellten trocken ihrer geringen Zahl das Gewissen des Volks dar. Wenn er ferner behauptete, daß die gegenwärtige Mehrheit im Reichstag hauptsächlich darauf ausgehe, "die unteren Klassen des Volkes zu Gunsten der anderen Klassen mit Steuern zu drücken," so glaubte der Redner wohl selbst nicht an die Wahrheit dieser Behauptung. Ganz à la Eugen waren die ferneren Ausführungen, da fehlten nicht die bekannten Auslassungen über das Sozialistengesetz, es fehlten nicht die "Machinationen der Reptilienpresse" mit ihrem unglaublichen, systematischen Angriffen auf Kaiser Friedrich und seine

Gemahlin und der Gesellenprozeß mußte natürlich zu einigen Angriffen auf Bismarck Material bieten. Dass die "Phantastik der kolonialen Unternehmungen" nicht die Billigung des Dr. Ameling findet, könnte uns nicht wundern. "Unrichtig und ungerecht" sei es, wenn für den unleugbaren Rückgang der freisinnigen Partei die schlechte Zentralleitung verantwortlich gemacht werden würde. Dr. Ameling lädt eben auf seinen Freund Eugen Richter nichts kommen und bat es deshalb mit seinem Scharfschild herausgefunden, daß der erste Grund für den Rückgang darin liege, daß "den bürgerlichen Klassen das Rückgrat schwach geworden sei" und diese famose Wendung gab nun vom Redner Veranlassung, die "Klassen mit dem schwachen Rückgrat" zu einer Stärkung derselben aufzufordern, damit wieder Alles werde ein Herz und eine Seele an eht deutscher, v. b. deutsch-freisinniger Feste und Zuverlässigkeit.

Nach dem Vortrag entspann sich eine Diskussion und während derselben wurde der hiesige Parteileitung der gleiche Vorwurf wie der Zentralleitung gemacht, daß dieselbe zu wenig Verantwortung nehme, mit den Mitgliedern führend zu suchen, daß sie ferner zu wenig Versammlungen anberaumt und keine guten Redner kommen lasse. — Danach scheinen den Mitgliedern der Partei die schon so oft gehörten Reden der Herren Dr. Ameling — Arno — Dohrn und Genossen nun auch bald "über" zu sein. Von Seiten des Vorstandes wurden auf die verschiedenen Anfragen tröstende Auskünfte gegeben und beschäftigte sich dann die Versammlung mit inneren Angelegenheiten.

Das Feuer, welches vorgestern Abend gr. Wollweberstraße 46, 2 Treppen hoch, entstand, hat einen Schaden an Mobilien im Werthe von ca. 1000 Mark verursacht, außerdem ist ein Schaden am Grundstück von 900—1000 Mark zu verzeichnen. Das Feuer ist dadurch entstanden, daß eine brennende Petroleumlampe zu Boden fiel, der Glasbehälter zerbrach und das brennende Petroleum auf die verschiedenen Gegenstände sprang und hierdurch mit großer Schnelligkeit die Flamme um sich griff.

Gestern Abend gegen 8 Uhr wurde bei dem Bäckermeister Nede, Wilhelmstraße 20, die Geldschwinde mit 50—60 Mark Inhalt entwendet.

Als der Malerlehrling Franz Bergahn gestern Nachmittag in der Oberwiel einen Straßenbahnenwagen während der Fahrt besteigen wollte, fiel er zurück und zog sich beim Hinfallen auf das Plaster eine Verrennung des linken Armes zu.

Bei einer in der Pölzerstraße wohnhaften Familie sind am 18. Februar Krankheitssfälle von Trichinose festgestellt; es haben in Folge dessen bereits größere Untersuchungen stattgefunden und da die Erkrankten behaupten, die Wurstwaren, welche die Erkrankungen zur Folge hatten, von einem Schlachtermester in der Pölzerstraße gekauft zu haben, wurden bei diesem gestern eine größere Partie Wurstwaren mit Beschlag belegt, um diese einer genauen Untersuchung zu unterziehen.

Aus den Provinzen.

Greifensee, 4. März. Nachdem die Bäckerinnung in der vergangenen Woche wie gebräuchlich bereits ihren Fastnachtschmaus gehalten, folgen nun heute und morgen die anderen hier bestehenden Innungen diesem Beispiel, wobei es in der Regel recht munter zugeht. — Morgen wird Herr Mustdkdirektor Rose mit der Kapelle des 54. Infanterie-Regiments aus Kolberg das letzte Abonnement-Konzert für diesen Winter geben; diese Konzerte haben sich eine große Freiheit und sehr reichen Besuch erworben.

Wir haben hier fortwährenden Schneefall, wodurch sich nun auf allen Wegen eine gute Schleifbahn entwickelt hat, so daß die Posten nach Kammin und Dorphagen auch auf Schleifen befördert werden. Auf der Bahnstrecke und den Chausseen sind täglich eine große Anzahl Leute mit Schneeschippen beschäftigt, daher daun die Arbeiter hier diesen Winter auch nicht über Arbeitslosigkeit klagen können, Arbeitskräfte im Gegentheil gefucht sind. — Es wurde uns mitgetheilt, daß eine Aktiengesellschaft, die anderweitig ein größeres Fabrikatellissement zum Bau von landwirtschaftlichen Geräthen und Maschinen besitzt und einen flotten Geschäftsbetrieb hat, beabsichtigt, hier am Orte eine Zweigniederlassung mit Werkstatt zu errichten, und deshalb wegen Ankauf eines geeigneten Grundstücks unterhandeln soll. Wir wollen wünschen, daß diese Absicht zur That wird.

Kunst und Literatur.

Ein überaus wichtiges Buch ist Parey und Wiedemann, Rechtsgrundsätze des königl. preuß. Ober-Berwaltungsgerichts. Zweite Reihe bisher nicht veröffentlichte Entscheidungen des Ober-Berwaltungsgesichts, Berlin in Heine's Verlag, Preis 5,50 Mark. Wir machen die betreffenden Behörden auf dasselbe besonders aufmerksam.

[32]

Die "Wiener Mode" können wir als ein recht gutes Modenjournal empfehlen. Der Mode teil bietet in reichster Fülle Hüte, Mäntel, Kleider &c. für Damen jeden Alters. Die Handarbeitsrubrik ist trefflich vertreten. Ebenso ist das Blatt reich an guten Novellen und interessanten Mittheilungen.

[33]

Berlin, 4. März. Bezüglich der abgeholten Hand, welche am Sonnabend Vormittag

am Schiffbauerdamm aufgefunden worden ist, sind am Schiffbauerdamm aufgefunden worden ist, sind ringere Qualität 38—44 Pfsg. pro 1 Pfst. Fleischgewicht.

"Fleischgewicht" ist das Gewicht der 4 Bierzel, auf welche der pro Stück gezahlte Preis, aber nach Abzug des durchschnittlichen Werthes von Haut, Kopf, Füßen, Eingewinden oder "Kram" &c. verteilt worden ist.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Königsberg i. Pr., 4. März. Das hiesige königl. Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Die Eisenbahnstrecke Marggrabowa-Kowahlen ist wieder fahrbar.

Altenstein, 4. März. Das hiesige königl. Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Der Verkehr auf der Strecke Mehlstadt-Berwilten ist wiederhergestellt.

Wien, 4. März. Banklow teilte seinen Freunden brießlich mit, der Zar hätte ihm gesagt, er sei schmerzlich betroffen von der Gefahr der orthodoxen Kirche in Bulgarien und den Verfolgungen, die sie durch den Prinzen Ferdinand erleide. Der Zar hoffe, Bulgarien selbst werde den illegalen Fürsten von sich weisen.

Pest, 4. März. Unterhaus. Der Justizminister legte in der heutigen Sitzung einen Entwurf betreffend die Abänderung der Organisation der Gerichtshöfe vor. Bei der sodann fortgesetzten Debatte erklärte Helsy, die Opposition treibe keineswegs Obstruktion, sondern erstrebe Verbesserungen des Gesetzes. Der Minister für Landesverteidigung betonte in seiner Erwideration, er habe die volle Überzeugung, daß in der Armee nur die deutsche Sprache Dienstsprache sein könne, verwies andererseits auf das weitgehende Zugeständniß, daß sich die Kandidaten bei den Offiziersprüfungen unter allen Umständen ihrer Muttersprache bedienen dürften, und erklärte unter dem Beifall der Rechten die irrigen Behauptungen Graf Apponyis, dem er vorwarf, erst den Zündstoff in die Berathung hinein geworfen zu haben. Schließlich rief die Behauptung Szintyanys, zwei Abgeordnete von der Majorität hätten den Präsidenten mit gehabten Häusen bedroht, eine erregte Scene hervor; der Präsident erklärte, davon nichts wahrgenommen zu haben, auch die beschuldigten Abgeordneten stellten die Bezeichnung in Abrede.

Im Laufe des gestrigen Tages haben nur in drei Provinzialorten Volksversammlungen befußt Protesthebung gegen den § 25 des Wehrgesetzes stattgefunden. Die Bewegung in der Provinz ist in entschiedener Abnahme.

Bern, 4. März. Der Bundesrat hat, da im Kanton Tessin Ruhestörungen befürchtet werden, den Oberst Borel beauftragt, als eidgenössischer Kommissar aufzutreten, die Truppen unter seinem Kommando zu nehmen, bewaffnete Ansammlungen, wenn nötig, mit Gewalt zu verhindern und den telegraphischen Verkehr in den Büros des Kantons Tessin zu überwachen, eventuell die Übermittelung von Telegrammen zu untersagen.

Paris, 4. März. Dem Vernehmen nach wird der General-Gouverneur der französischen Besitzungen in Indo-China, Richard, abberufen werden, weil seine Verwaltung nicht der Richtung entspricht, welche sein unmittelbarer Vorgänger, der jetzige Minister des Innern Constant, befolgte.

Rom, 4. März. Die "Agenzia Stefani" meldet aus Athab: Die Versuche der Geistlichkeit, eine Aussöhnung des Negus mit König Menelik zu Stande zu bringen, seien vollständig gescheitert; der Krieg werde für unvermeidlich gehalten; die beiderseitigen Armeen sollten im Gondron aufeinander gestoßen sein.

Rom, 4. März. Dem Vernehmen nach hat Selim Doda das Portefeuille der Finanzen, Sacova das Ministerium für Posten und Telegraphen, sowie das neu zu errichtende Eisenbahnministerium angenommen. Als Marineminister wird Vizeadmiral San Bon, als Kriegsminister Generallieutenant Dezza (bisher kommandirender General in Piemont) genannt. Der Posten des Schatzministers wird Glotelli angeboten, der sich aber Bedenken erbat.

London, 4. März. Unterhaus. Auf eine diesbezügliche Anfrage erklärte der Vertreter der Regierung, die Unterhandlungen mit Deutschland, Holland, Belgien und Frankreich betreffe der unterseeische Kabel näheren sich ihrem Abschluß. Die Regierung hoffe, daß der Betrieb und die Unterhaltung der Kabel zwischen England und jenen Ländern sich bald in den Händen der gedachten Regierungen befinden und daß dann ein gleichförmiger Tarif von 2 Pence für das Wort eingeschürt werde.

Briefkassen.

Wir machen wiederholte darauf aufmerksam, daß anonyme Briefe unberücksichtigt bleibten.

— W. R. in W: Die Kirchenpatrone haben das gesammelte Rohmaterial für den Bau des neuen Kloster- und Schulhauses zu liefern, dazu gehört aber das Holz für die Schulbänke und Tische nicht. — Lehrer R. in B: Am 30. März fährt die "Slavonia" von hier (im Falle von Swinemünde) nach Newyork. Wegen der Ueberfahrtskarte wenden Sie sich an Johannsen u. Mügge, Stettin, Unterwiel 7. — C. L. hier: Eine Amnestie ist am Geburtstage Sr. Majestät nicht erlassen worden. — F. R. in M.: Wir bedauern, Ihnen ein Geschäft zum billigsten Einkauf von kupfernen und schmiedeeisernen Bootsängeln nicht nennen zu können.

